

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 14 (1934-1935)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Die Aussenpolitik der Sowjetunion  
**Autor:** Styx  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332121>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ideen des sozialistischen Fortschritts sollen jene geistige Unruhe in die Hörsäle tragen, die stürzt, was faul ist und Vorbote einer neuen Wirklichkeit wird.

---

## Die Außenpolitik der Sowjetunion

Von Styx. \*

»Möge die Bourgeoisie auch wüten«, — erklärte Lenin auf dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale — »möge sie auch noch tausende Arbeiter morden — der Sieg ist unser, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist sicher.« Das war eine Fanfare, die verhallte. Es brach nicht die Weltrevolution aus. Das internationale Finanzkapital beugte nach dem Siege der Oktober-Revolution 1917 gegen ein Uebergreifen der Diktatur des Proletariats auf andere Staaten vor und organisierte den Faschismus.

Die achtzehnjährige Geschichte der Sowjetunion zerfällt in ihrem außenpolitischen Kurse in drei Perioden. Die ersten Jahre des Bestehens der Sowjetunion umfaßt außenpolitisch die Epoche des Angriffs nach Westen und Osten. Die zweite Epoche, beginnend mit der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages im Mai 1922, umspannt die Jahre der Paktunterzeichnungen, nach und nach schließt sich die Sowjetunion dem Konzert der europäischen Mächte an und wird zur Wortführerin der allgemeinen Abrüstung. Die dritte Epoche des außenpolitischen Kurses der Sowjetunion trägt das Signum »Rückzug« und beginnt mit den Siegen des Faschismus in Deutschland, Oesterreich und in den Randstaaten.

Als im November 1918 der deutsche Militarismus zusammenbrach, erklärte Lenin: »Noch niemals war die allgemeine proletarische Revolution so nahe wie jetzt!« Und in derselben Tonart sprach in jenen Tagen Lenins Schüler, Sinowjew: »Die Bankiers Frankreichs und Englands werden es bald erfahren, daß die Revolution in Berlin für sie kein Feiertag, sondern ein memento mori ist, das sie an ihren baldigen Untergang erinnert.« Und wie zur Bekräftigung dieses Satzes wurde Karl Radek nach Berlin entsandt, um eine »bolschewistische Revolution« zu organisieren. Es kam aber alles anders, als der Rat der Volkskommissare es geplant hatte. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden meuchlings ermordet und Karl Radek wanderte für ein halbes Jahr ins Moabiter Untersuchungsgefängnis. Auch das mit Wissen und Willen des Kreml in München organisierte bolschewistische Abenteuer schuf keinen Stützpunkt zur Ausbreitung kommunistischer Thesen auf deutschem Boden, sondern hatte einen Effekt, mit dem sowohl das Außenkommissariat wie die Agitpropabteilung der Komintern

---

\* Dieser Artikel wurde schon vor mehreren Monaten geschrieben. Inzwischen schloß Sowjetrußland den Pakt mit Frankreich und einen Pakt mit der Tschechoslowakei. Der Artikel hat aber dadurch an Aktualität nichts eingebüßt.

nicht gerechnet hatten: es war die Geburtsstunde des Nationalsozialismus. Wie in Ungarn, hatte auch in Deutschland der bolschewistische Vorstoß auf dem Wege zur Weltrevolution nicht zum Sieg des Proletariats, sondern der Reaktion geführt. In dieser Epoche des Angriffs gibt das Außenkommissariat auf Beschuß des Ekkis der Komintern die Offensive noch nicht auf und wendet sein Antlitz von Westen nach Osten, nach China. Außenkommissariat und Komintern organisieren in China den Bürgerkrieg, der mit wechselndem Erfolge jahrelang hin und her tobt, aber 1928 schließlich doch wie in Europa — die heute noch in China bestehenden drei kommunistischen Provinzen führen ein Scheindasein — mit einer Niederlage des gesamten Proletariats und einem vollen Sieg der reaktionären chinesischen Generalität endet. Nicht nur das. Die bolschewistische Propaganda auf chinesischem Boden wird gestoppt und zum Rückzug gezwungen durch einen neu erstarkten Gegner: durch den japanischen Imperialismus.

In dieser Epoche des Offensivgeistes der russischen Außenpolitik ist ein engstes Zusammenarbeiten zwischen dem EKKI der Komintern und dem Außenkommissariat festzustellen, was auch in den Thesen des II. Kongresses der Komintern zum Ausdruck kommt. Es heißt u. a.: »Jede Sektion verpflichtet sich, einen harten Kampf gegen den Glauben an den Völkerbund und gegen den Glauben an die Einschränkung der allgemeinen Aufrüstung als eines Schutzes gegen den Krieg zu führen.« Und weiter: »Alle Bruderparteien (Sektionen) leihen ihre volle Unterstützung den Sowjetrepubliken und verpflichten sich, eine Propaganda gegen Waffenlieferungen an alle Feinde der Sowjetrepubliken zu führen und diese Propaganda mit allen legalen und illegalen Mitteln unter den gegen die Sowjetrepubliken aufrüstenden Armeen zu führen. Eine energische Propaganda in den Armeen der kapitalistischen Länder ist besonders wichtig.«

Aber diesen Thesen folgte bald die Ernüchterung, denn schon auf dem nächstfolgenden, dem III. Kongreß, mußte Lenin gestehen: »Unsere Parteien sind in der überwältigenden Mehrzahl der Länder noch lange nicht so, wie es wirkliche kommunistische Parteien sein sollen.« Und er unterstreicht: »Die Propagandathesen gegen den Völkerbund werden nicht befolgt.« Im Kreml zog man aus dem Versagen der kommunistischen Sektionen die Konsequenzen und im Außenkommissariat wird ein neuer Kurs angesagt: die Anpassung des Landes der proletarischen Diktatur an die Struktur der kapitalistischen Länder. War in den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft die Sowjetdiplomatie nur eine Dienerin zur Ausführung von Beschlüssen der Komintern, so ist nach der ad-acta-Legung des Kurses Weltrevolution im Kreml eine Anpassung des weitverzweigten Apparates der Komintern an das Außenkommissariat festzustellen und die Rollen werden getauscht: die Komintern wird zur Willensvollstreckerin der Beschlüsse des Außenkommissariats, das seine Instruktionen vom Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erhält. Nicht die Weltrevolution ist das Ziel des außenpolitischen Kurses, sondern die Abarbeitung freundschaftlicher Beziehungen mit allen kapitalistischen

Ländern. Eine Forderung diktiert dieses Ziel: die Stabilisierung der bolschewistischen Herrschaft im Innern, der beginnende rote Aufbau, die definitive Liquidierung des Kriegskommunismus.

Nacheinander werden diplomatische Beziehungen, die mit der Zeit auch wirtschaftlicher Natur werden, mit Polen, Finnland, den Randstaaten und Deutschland angeknüpft. Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau gehören zu den interessantesten, aber auch dunkelsten Kapiteln des Moskauer Außenkommissariats. Was die rote und reichsdeutsche Geheimdiplomatie in gemeinsamer Zusammenarbeit bis zu Hitlers Machtantritt alles protokolliert, liquidiert hat, wird wohl nie ans Tageslicht gelangen. Zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und dem Außenkommissariat in Moskau herrschte jahrelang eine Intimität, die an die traditionelle Freundschaft der Herrscherhäuser Hohenzollern und Romanow zu Zeiten Bismarcks erinnerte.

Bereits im Herbst 1919 weilte der damalige Leiter der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Maltzan, inkognito in den Randstaaten als stiller Beobachter. Maltzan kehrte mit der Botschaft nach Berlin zurück: »Die Räteregierung ist keine vorübergehende Episode, sondern in unserer Außenpolitik ein Machtfaktor, mit dem wir zu rechnen haben.«

Inoffiziell wurden schon in jenen Tagen die Vorarbeiten im Auswärtigen Amt geleistet, die vier Jahre später im deutsch-russischen Rapallo-Verträge ihren Abschluß fanden. Freiherr von Maltzan hatte von Anfang an im Moskauer Außenkommissariat einen Partner, der willig die deutschen Intentionen aufgriff: den Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin. Ein ehemaliger zaristischer Berufsdiplomat, der im Außenkommissariat die Liquidierung des Kurses Weltrevolution durchgesetzt und bei Lenin Verständnis für ein deutsch-russisches Zusammensehen gegen die Entente-Mächte, die in Rußland die weißgardistischen Armeen unterstützt hatten, gefunden hatte.

Die Weltkonferenz in Genua im Mai 1922 endete zwar mit einem allgemeinen Fiasko, doch für zwei Staaten mit einem sichtbaren Gewinn: für Deutschland und die Sowjetunion. Mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages im Mai 1922 in Rapallo wurde dieser Bund sowohl für Deutschland als auch für die Sowjetunion zum Trumpf, den beide Staaten in ihren auswärtigen Beziehungen immer in Reserve hatten und in kritischen Momenten geschickt ausspielten. Nach außen kam die deutsch-russische Zusammenarbeit zunächst nur in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Völkerbund zum Ausdruck. In zweiter Linie stellten beide Staaten die gemeinsame Forderung auf eine allgemeine Abrüstung auf. Und Deutschland war es auch, das die Zulassung der Sowjetunion zur Abrüstungskonferenz in Genf inaugurierte und durchsetzte. Doch nicht die Genfer Politik beider Staaten ist das Charakteristikum des Rapallo-Vertrages, sondern der Annex dieses Paktes, der nicht publiziert wurde und der rein militärisch-technische Abmachungen umfaßte. Diese Geheimklausel des Rapallo-Vertrages fixierte die engste Zusammenarbeit zwischen dem Reichswehrministerium und dem Revolutionären Kriegsrat für den

deutsch-polnischen Kriegsfall. In einem Punkte waren sich in Deutschland über ein Jahrzehnt alle Parteien — von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten — einig: in einer Forderung der Revision der Ostgrenzen und Aufhebung des Korridors. Und der deutsch-polnische Haß wurde im Moskauer Kriegskommissariat gehegt und gepflegt, mit Unterstützung der Komintern, die es nicht unterließ, ihre deutsche Sektion propagandistisch zu instruieren.

Nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages waren viele deutsche Offiziere und vor allem Spezialisten des Gaskrieges und der Luftwaffe brotlos geworden. Dieses Heer der militärischen Arbeitslosen fand in der Sowjetunion eine gastliche Aufnahme. Mit Hilfe deutscher Spezialisten wurden in der Sowjetunion Flugzeugwerke und chemische Fabriken für den Kriegsbedarf errichtet. Die von der Interalliierten Kontrollkommission nicht entdeckten Vorräte an Giftgasen wurden auf dem Seeweg nach Rußland geschafft. In der ehemaligen Zarenresidenz Zarskoje-Selo errichtete die Hamburger Firma Stoltz eine Giftgasfabrik. In Liuberzy, 12 km von Moskau entfernt, wurde nach deutschen Plänen und mit deutschen Lehrmeistern ebenfalls eine Giftgasfabrik errichtet, der in Filjach bei Moskau Flugzeugwerke mit deutschem Material und deutschen Konstrukteuren folgten. Das Institut der chemischen Landesverteidigung auf russischem Boden ist nach deutschen Plänen errichtet. Die Liste der geheimen und offenen Filialen der deutschen Reichswehr in der Sowjetunion läßt sich noch fortsetzen, doch wichtiger scheint die Tatsache zu sein, daß im Laufe der Jahre höhere Reichswehröffiziere, angefangen mit dem von Hitler abgesetzten Oberbefehlshaber der Reichswehr, Generaloberst von Hammerstein-Equord, zu Inspektionszwecken wiederholt in Moskau geweilt haben.

Von noch erheblicherer Bedeutung für die Festigung der deutsch-russischen Freundschaft bis zu Hitlers Machtantritt waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Diese Beziehungen verdienen schon aus dem Grunde eine besondere Würdigung, weil sie in den Jahren der größten Arbeitslosigkeit 300,000 bis 400,000 deutschen Arbeitern Arbeit und Lohn verschafften. Als in Moskau der Fünfjahresplan beschlossen wurde, räumte Deutschland der Sowjetunion mehrjährige Kredite ein, die zeitweise die Höhe von 800 Millionen Mark erreichten. Vor Hitlers Machtantritt führte Deutschland monatlich nach der Sowjetunion Waren im Werte von 50 bis 60 Millionen Mark aus. Die fälligen Wechsel wurden pünktlich zum Termin eingelöst. Ein Jahr Hitler-Herrschaft genügte, und der Wert der nach der Sowjetunion ausgeführten deutschen Waren sank von 50 bis 60 Millionen Mark auf 5 bis 7 Millionen Mark im Monat. Denn die Sowjetregierung, das dürfte besonders in der Schweiz interessieren, vergibt ihre Aufträge an das Ausland auf Grund politischer Erwägungen. Erst in zweiter Linie sind wirtschaftliche Bedarfsfragen und KreditkonzeSSIONen entscheidend, an welchen Staat ein Auftrag vergeben werden soll. Und auch die Kreditfrage spielt nicht die Rolle, die ihr im allgemeinen zugewiesen wird, denn die Sowjetunion steht in der Gold-

produktion an dritter Stelle und zahlt die Kreditschulden, wenn kein Kompensationsverkehr vereinbart ist, mit purem Golde.

Die deutsch-russische Freundschaft ging in die Brüche, als der Diktator des Dritten Reiches sein Lebensziel proklamierte, in die Weltgeschichte als Vernichter des Marxismus einzugehen. Der Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages im Februar 1934 hatte zur Folge, daß die Sowjetregierung alle Verträge den deutschen Instrukteuren kündigte und die deutschen Werke auf russischem Boden liquidierte. Die Sowjetunion hatte die Rolle eines Bundesgenossen im Falle eines deutsch-polnischen Zusammenstoßes ausgespielt.

Eine ausführliche Darstellung der jahrelangen Freundschaft zwischen Berlin und Moskau erscheint aus dem Grunde geboten, weil dieser Bund allen kapitalistischen Staaten erstens ein Anreiz war, nicht nur diplomatische, sondern auch wirtschaftliche Beziehungen mit dem Lande der Diktatur des Proletariats aufzunehmen, zweitens hatte dieser Bund bewiesen, daß die Errichtung der Sowjetbotschaft und Handelsvertretung in Berlin weder einen Reichstagsbrand, noch die Brandstiftung eines anderen öffentlichen Gebäudes zur Folge hatte, noch daß die Ermordung der Reichsminister Erzberger und Rathenau ein Werk bolschewistischer Agenten, sondern deutscher Patrioten war, und drittens hatte dieser Bund allen kapitalistischen Ländern offenbart, daß Wirtschaftsverträge mit der Sowjetunion geeignet sind, trotz Weltwirtschaftskrise die Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren und Tausende von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wieder einzugliedern.

Das deutsche Beispiel hatte den Neid der kapitalistischen Kreise Englands geweckt und nach der latenten Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen folgte auch die Anerkennung der Sowjetunion de jure und de facto durch die Regierung Seiner britischen Majestät. Die von den englischen Konservativen inszenierte Fälschung des Sinowjew-Briefes hatte zwar zum Bruch zwischen London und Moskau geführt, doch da das englische Parlament nicht in die Luft geflogen war und das englische Finanz- und Industriekapital am russischen Geschäft dick verdient hatte, nahm England die gelösten Beziehungen wieder auf. Nicht so glatt und schnell wie mit England gelang es der Sowjetregierung, mit Frankreich ins Geschäft zu kommen. Zunächst war es die Allmacht Poincarés, die das nicht zuließ, dann waren es die vier Millionen französische Sparer, die ihre durch die zaristischen Anleihen erlittenen Verluste nicht verschmerzen konnten, und das Zentrum der weißgardistischen Emigration in Paris war auch eifrig am Werk, die Anerkennung der Sowjetunion zu verhindern. Nicht wirtschaftliche Erwägungen waren es in erster Linie, die Frankreich nötigten, mit Moskau in Verhandlungen zu treten, sondern außenpolitische Gründe. Das Zusammenspiel Deutschlands und Rußlands in Genf, die latente Bedrohung des polnischen Bundesgenossen durch die Rote Armee im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes, das Erstarken des deutschen Nationalismus zwangen Frankreich, der Sowjetunion die Freundschaftshand auszustrecken. Und nicht zuletzt war für Frankreich —

wie auch später für andere Staaten — die Tatsache ausschlaggebend, daß die Sowjetregierung die Thesen der Weltrevolution ad acta gelegt und konsequent den Kurs von Paktverträgen verfolgte. Auch hatte Litwinow in Genf überzeugend erklärt, daß er kein Hindernis sehe, daß kapitalistische Staaten mit dem Lande der Diktatur des Proletariats normale Beziehungen unterhalten. Wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Paris und Moskau nicht so schnell in Gang kamen wie mit Deutschland und England, so lag das weniger an der Initiative des Moskauer Außenhandelskommissariates, als an der Rückständigkeit der französischen Industrie und der Schwerfälligkeit der französischen Hochfinanz. Doch Moskau ergriff die Initiative und lockerte die wirtschaftlichen Beziehungen mit Warschau. Aufträge, die bisher die polnische Industrie erhalten hatte, wurden nach Frankreich überwiesen. Ein Beweis, daß das Moskauer Außenhandelskommissariat politische Gründe berücksichtigt und nach Intentionen Litwinows die Aufträge vergibt. Diese Kursänderung gegenüber Warschau war erstens Moskaus Antwort auf den deutsch-polnischen Vertrag und zweitens ein Anreiz für den Quai d'Orsay, ernsthafter als bisher den Abschluß eines französisch-russischen Militärbündnisses zu erwägen. Die Folge der Moskauer Reverenz vor dem Quai d'Orsay kam in der Praxis in der Weise zum Ausdruck, daß die Einfuhr französischer Waren von 34 Millionen Franken im Jahre 1933 in den ersten neun Monaten des Jahres 1934 auf 85 Millionen Franken stieg.

Die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rom und Moskau, die eine der ersten Handlungen Mussolinis nach der Errichtung der faschistischen Diktatur war, hat die Richtigkeit der These Litwinows bewiesen, daß eine Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen Staaten und dem Lande der Diktatur des Proletariats möglich ist. Am italienischen Beispiel ist aber auch ersichtlich, wie viele Berührungspunkte zwischen den Diktaturen Stalins und Mussolinis bestehen.

Der »antimarxistische« Kurs Hitlers hatte nicht einen Boykott der Sowjetunion durch die kapitalistischen Staaten zur Folge, wie die Kreuzritter zur Rettung des europäischen Abendlandes im Dritten Reich gehofft hatten, sondern die Paktpolitik Moskaus verzeichnete einen Erfolg nach dem andern und entlarvte schließlich drei Staaten als Organisatoren eines neuen Weltbrandes: Deutschland, Japan und Polen.

Nach Roosevelts Amtsantritt folgten den schon seit Jahren zwischen Washington und Moskau bestehenden wirtschaftlichen auch die diplomatischen Beziehungen. Mit dem Beginn der Paktpolitik hatte die Sowjetregierung auch mit der systematischen Nichtanerkennung der zaristischen Schulden gebrochen und Kompensationsverträge vorgeschlagen. Die gegenwärtig getrübten Beziehungen zwischen Moskau und Washington wegen der zaristischen Schulden sind noch Gegenstand von Verhandlungen, die nicht auf einen Bruch, sondern auf einen Kompromiß schließen lassen.

Die Periode der Paktpolitik hat für die Sowjetunion mit der An-

erkennung des Landes der proletarischen Diktatur durch Bulgarien, Rumänien, Tschechoslowakei, Jugoslawien ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Belgien, Holland und die Schweiz stehen noch im Schmollwinkel und drohen Moskau mit dem kleinen Finger. Diese Geste findet aber im Kreml wenig Beachtung. Die Bestellungen des Außenhandelskommissariates in Belgien und in Holland steigen. Moskau verfolgt auch dort mit den Bestellungen einen bestimmten Kurs, den belgische und holländische Industriekapitäne ihrerseits tatkräftig unterstützen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, naht der Zeitpunkt, daß das Bundeshaus in Bern zum Gralshüter der christlichen Moral wird.

Zum Hüter des Weltfriedens erweist sich aber immer deutlicher das Land der proletarischen Diktatur. Ein Land, das seinen Neuaufbau schützt, der mit den Händen des werktätigen Volkes erfolgt. Das ist auch eine Moral, aber nicht aus der katholischen Dogmengeschichte, sondern ein Kapitel des unmoralischen Marxismus. Da der rote Aufbau auch schon sichtbare Erfolge gezeigt hat, hat das Land der proletarischen Diktatur wirtschaftspolitisch vor allem ein Interesse, Aufträge an Industrien zu vergeben, die Qualitätsarbeit leisten. Leistet der Schweizer Arbeiter nicht Qualitätsarbeit? Heil Helvetien, wenn der päpstliche Legat das Bundeshaus verläßt und ein frischer Luftzug durch die verstaubten Räume weht.

Wie heuchlerisch, wie verlogen die lautesten Moraltrompeter gegen die bolschewistische Gefahr in Wirklichkeit sind, beweist die Rede des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, der am 5. April erklärte:

»Kann es insbesondere die Welt Deutschland verübeln, wenn es alle Abmachungen, an denen Sowjetrußland beteiligt ist, mit abwartender Vorsicht aufnimmt? Haben doch die sowjetrussischen Machthaber erklärt, daß der Rätestaat *Verträge mit den sogenannten kapitalistischen Staaten*, zu denen Moskau vermutlich auch Deutschland rechnet, nur zu dem Zwecke schließe, *um auf diesem Wege diese Staaten und ihre Wirtschaft zu schädigen* und die Weltrevolution zu fördern. Wenn Deutschland sich schwer dazu entschließen kann zu glauben, daß Verträge mit einem Staat, der die Weltrevolution mit allen Mitteln, bewußtermaßen auch mit den Mitteln der Gewalt, vorantreiben will, wirklich den Frieden Europas garantieren kann, so nehmen wir bewußt für uns in Anspruch, daß unsere Skepsis auf der Sorge für unsern Frieden, auf der Sorge um die europäische Kultur beruht.«

Die Sorge des Stellvertreters des Führers, des Reichsministers Rudolf Heß, muß im »Nebelpalter« gebührend gewürdigt werden. Drei Tage nach der Rede des Reichsministers Heß unterzeichnete das Dritte Reich mit dem »Staat, der die Weltrevolution fördert« ein neues Wirtschaftsabkommen und räumte der Sowjetunion einen langfristigen Finanzkredit im Betrag von 200 Millionen Reichsmark ein. Die Einzelheiten dieses Wirtschaftsabkommens sollen hier nicht näher untersucht werden, nur die Tatsache muß festgestellt werden, daß zwei Jahre Hitlerdiktatur genügt haben, daß die deutsche Ausfuhr nach

der Sowjetunion so gesunken ist, daß zuungunsten Deutschlands ein Einfuhrüberschuß von 146 Millionen Reichsmark entstand, gegenüber einem Aktivsaldo von 459 Millionen Reichsmark im Jahre 1931. Diese Zahlen wirken überzeugender als alle Moralpredigten des Führers und aller seiner Stellvertreter.

Die Moskauer »Prawda« schreibt zu diesem Vertrage: »Das Abkommen vom 8. April befindet sich in voller Uebereinstimmung mit jener Politik der Unterstützung und Festigung des allgemeinen Friedens, die die Sowjetunion unentwegt verfolgt.« An diesem Satz gibt es nichts zu rütteln und zu deuten. Der außenpolitische Kurs der Sowjetunion hat sich seit dem ersten Weltkongreß der Komintern vielfach gewandelt. Heute hat die Sowjetunion aber nur einen Kurs, der zielbewußt eingehalten wird: ein Bollwerk nicht der Weltrevolution, sondern des Weltfriedens zu sein. Das beweisen auch die noch schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion. In welcher Form schließlich ein Abkommen ratifiziert wird, ist ja nicht so ausschlaggebend als die Tatsache, daß von der Sowjetunion auch in Paris nicht die Fahne der Weltrevolution, sondern des Weltfriedens hochgehalten wird. Und wenn die These richtig ist, daß für die Sowjetunion der Friede eine Existenzfrage ist, so ist die weitere These nicht minder richtig, daß ein Krieg die Existenzfrage von ganz Europa entscheidet. Und dann wird sich auch die Frage entscheiden, ob der Marxismus oder der Kapitalismus die Weltrevolution und den Untergang des Abendlandes verschuldet hat.

---

## Die Aera Schultheß im schweizerischen Kapitalismus

Von Werner König.

In den letzten Wochen ist Edmund Schultheß mit Lob überschüttet worden. Die bürgerlichen Gazetten haben ihn anlässlich seines Rücktrittes als einen der größten Staatsmänner gefeiert; selbst diejenigen, die ihn während seiner langen Amtszeit oft genug angegriffen, als den »roten Schultheß« diffamierten und als »Schrittmacher des Staatssozialismus« verschrien, stimmten in diesen Chor ein. Die überragende persönliche Bedeutung des Demissionärs ist unbestritten. Sein gewaltiger Einfluß, den er dank seiner reichen geistigen Gaben und seines leidenschaftlichen politischen Temperamentes auf die Entwicklung der schweizerischen Demokratie während eines Menschenalters hindurch ausübte, kann niemand leugnen. Er geht als der Repräsentant der Epoche der Kriegs- und Nachkriegszeit in die schweizerische Geschichte ein. Im Besitze der größten tatsächlichen Machtfülle bestimmte er in dieser Periode oft fast diktatorisch die Geschicke der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Diese Tatsache darf aber denjenigen, der politische Vorgänge nicht in der roman-